### Christine Glauning

# "Ostarbeiter" im Deutschen Reich

### 1. Begriffsklärung

Der Begriff der sogenannten "Ostarbeiter" ist zum ersten Mal in den "Ostarbeitererlassen" vom 20. Febr. 1942 erwähnt.¹ In diesen Bestimmungen wurde die Unrechtssituation der aus der Sowjetunion zur Zwangsarbeit in das Deutsche Reich verschleppten Männer, Frauen und Kinder festgelegt. Die Ostarbeitererlasse stellten wie die zwei Jahren zuvor verabschiedeten Polenerlasse ein diskriminierendes Regelwerk dar, in dem sich die NS-Rasseideologie widerspiegelte. Die "Ostarbeiter", die größte Gruppe der zivilen Zwangsarbeiter, standen am unteren Ende der rassistischen Skala der NS-Ideologie. Dahinter folgten noch KZ-Häftlinge, Juden sowie Sinti und Roma.

Sichtbares Zeichen der in den Ostarbeitererlassen festgelegten Diskriminierungen war die öffentliche Stigmatisierung durch die Pflicht, ein Abzeichen mit dem Aufdruck "OST" zu tragen. Die Rechte der Sowjetbürger bei der Arbeit wie in der Freizeit waren stark eingeschränkt: Sie erhielten einen geringeren Lohn, durften nur den notwendigsten Kontakt mit den Deutschen haben, sollten in Barackenlagern mit Stacheldraht untergebracht werden, keine Veranstaltungen besuchen oder öffentliche Verkehrsmittel benutzen, der Ausgang sollte nur unter Bewachung möglich sein, eine körperliche Züchtigung durch das Wachpersonal war erlaubt. Zudem waren die Polen und "Ostarbeiter" dem wesentlich härteren Straf- und Terrorsystem der Gestapo unterworfen – im Gegensatz zu den anderen Zwangsarbeitern, für die die deutsche Justiz zuständig war.<sup>2</sup>

Die deutschen Behörden definierten die "Ostarbeiter" einerseits nach dem Volkstums- und andererseits nach dem Territorialprinzip, was in der Praxis immer wieder zu vielen Unklarheiten führte. Im Reichsgesetzblatt von 1942 wurde festgelegt, dass "Ostarbeiter" nicht deutscher Volkszugehörigkeit waren und diejenigen Personen umfassten, die "im Reichskommissariat Ukraine, im Generalkommissariat Weißruthenien oder in Gebieten, die östlich an diese Gebiete und an die früheren Freistaaten Lettland und Estland angrenzen, erfasst und nach der Besetzung durch die deutsche Wehrmacht in das Deutsche Reich einschließlich des Protektorats Böhmen und Mähren gebracht und hier eingesetzt werden."

1

Ulrich Herbert: Fremdarbeiter, Politik und Praxis des "Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999, S. 180, Anm. 132.

Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, Stuttgart/München 2001, S. 93 ff. Vgl. zu den Erlassen auch Herbert, Fremdarbeiter, S. 178-182.

Reichsgesetzblatt 1942, zit. nach Spoerer, Zwangsarbeit, S. 94.

## 2. Zahlen der ins Deutsche Reich zur Arbeit verschleppten Sowjetbürger

Die Gesamtzahl aller ins Deutsche Reich verschleppten "Ostarbeiter" kann nur geschätzt werden, da es lediglich Stichtagszahlen gibt. Die letzte Zahl stammt vom 30. September 1944: Demnach waren zu diesem Zeitpunkt 2 461 163 Millionen Sowjetbürger als zivile Zwangsarbeiter eingesetzt.<sup>4</sup> Neben dieser als zuverlässig einzustufenden Quelle, die allerdings Fluktuationen nicht berücksichtigt, sind darüber hinaus die Anwerbezahlen hinzuzuziehen. Diese sind kritisch zu betrachten, da sie zum einen Doppelzählungen enthalten, andererseits eher zu hoch gegriffen sind, da sie die vermeintlichen Erfolge der Anwerbestellen demonstrieren sollten.<sup>5</sup> Bei den Berechungen müssen zudem die territorialen Verschiebungen berücksichtigt werden wie die Vergrößerung des sowjetischen Machtbereichs durch die Einverleibung polnischer und baltischer Gebiete. Den deutschen Behörden fiel es dementsprechend schwer, die Osteuropäer zuzuordnen.

Die früheste und bekannteste Gesamtzahl nennt Alexander Dallin (1958), wonach am 30. Juni 1944 insgesamt 2 792 699 bis zu diesem Datum "angeworbene" bzw. verschleppte "Ostarbeiter" gezählt wurden.<sup>6</sup> Bonwetsch rechnet zu dieser Zahl von ca. 2,8 Millionen noch ein zahlenmäßig schwer zu erfassendes Kontingent von Zivilisten, die 1944 mit dem Rückzug der Wehrmacht mehr oder weniger zwangsweise mitgeführt wurden ("Hilfswillige" oder in "Arbeitsdienst-Abteilungen" Mobilisierte, auch Zwangsevakuierte) und schätzt ihre Zahl auf ca. 1,2 Millionen. Die Summe der verschleppten "Ostarbeiter" insgesamt deckt sich seiner Meinung nach ungefähr mit den sowjetischen Angaben und würde ca. 4,26 Millionen verschleppte Zivilisten umfassen.<sup>7</sup> Auch Polian erwähnt in einem Aufsatz 1995 eine ähnliche Gesamt-

Spoerer, Zwangsarbeit, S. 222; nach "Arbeitseinsatz für das Großdeutsche Reich" (eine mehrmals im Jahr erscheinende zeitgenössische Statistik). Vgl. auch Herbert, Fremdarbeiter, S. 300, der sich auf dieselbe Quelle bezieht, aber eine andere Zahl nennt: 2.174.644. Herbert verweist in diesem Zusammenhang auf Dietrich Eichholtz, Kriegswirtschaftliche Resultate der Okkupationspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus 1939-1945, in: Militärgeschichte 17/1978, S. 140-146.

Spoerer, Zwangsarbeit, S. 220.

Alexander Dallin, Deutsche Herrschaft in Russland 1941-1945, Düsseldorf 1958, S. 465. Dallin zitiert eine Quelle im BA-MA: "Vortragsnotiz für den Herrn Generalquartiermeister", 28. Juli 1944, die sich allerdings, laut Polian, dort nicht auffinden ließ. Vgl. Pavel Polian, Die Deportation der "Ostarbeiter" im Zweiten Weltkrieg, in: Andreas Gestrich/Gerhard Hirschfeld/Holger Sonnabend (Hrsg.), Ausweisung und Deportation. Formen der Zwangsmigration in der Geschichte (Stuttgarter Beiträge zur Historischen Migrationsforschung Bd. 2), Stuttgart 1995, S. 115-140, hier S. 133. Eine Übersichtstabelle mit den einzelnen Zahlen von Dallin findet sich bei Mark Spoerer, Schätzung der Zahl der im Jahr 2000 überlebenden Personen, die auf dem Gebiet der Republik Österreich zwischen 1939 und 1945 als Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen eingesetzt waren. Gutachten für die Historikerkommission der Republik Österreich, Wien 2000, S. 30.

Bernd Bonwetsch, Sowjetische Zwangsarbeiter vor und nach 1945. Ein doppelter Leidensweg, in: Jahrbuch für die Geschichte Osteuropas 41/1993, S. 532-546, hier S. 534. Die Angabe Bonwetschs, die Zahl der registrierten "Ostarbeiter" hätte im Spätsommer 1944 2,2, Millionen betragen, widerspricht den Zahlen Spoerers. Bonwetsch verweist nicht, wie Spoerer, auf eine Primärquelle.

zahl von insgesamt 4,13 Millionen zur Zwangsarbeit verschleppten Sowjetbürgern und zitiert hier eine sowjetische Quelle vom 1. März 1946. Polian zählt zu den 2,8 Millionen noch die nach dem Juni 1944 Verschleppten, die bis dahin verstorbenen (ca. 50 000), die vorzeitigen Heimkehrer (ca. 150 000), die Flüchtlinge (ca. 1 Millionen<sup>8</sup>) sowie die "Westler" aus den vor dem Krieg annektierten Gebieten (700-800 000) dazu.<sup>9</sup>

Mark Spoerer, der sich am intensivsten mit den unterschieden Zahlenangaben auseinandergesetzt hat, hält die Zahlenangabe von Dallin als etwas zu niedrig, die Angaben von Bonwetsch und Polian jedoch als zu hoch und nicht mit anderen vorliegenden Daten kompatibel (z. B. die sehr hohe Zahl von Balten bei Polian). Spoerer kommt zum Schluss, dass zu den ca. 2,8 Millionen lediglich die Zahl der im Juli und August 1944 noch Verschleppten hinzugerechnet werden muss (max. 15 000-20 000). Die bis dahin und auch später gestorbenen sowie die vorzeitig heimgekehrten "Ostarbeiter" seien bereits in dieser (Anwerbe)Zahl enthalten; außerdem sei bis Mitte 1944 der Prozess der mit der zurückweichenden Wehrmacht ins Reich Verschleppten weitgehend abgeschlossen gewesen. 10 Spoerer plädiert für eine ethnische Zuordnung, d. h. die Summe der Balten, Weißrussen, Russen und Ukrainer als Grundlage für die Gesamtzahl zu nehmen. Auf der Grundlage dieser Überlegung schätzt er, dass eine ungefähre Gesamtzahl von 2,9 bis 3,1 Millionen Sowjetbürger als Zivilarbeiter zur Zwangsarbeit ins Reich gebracht wurden, darunter mindestens 55 Prozent Ukrainer, 30 Prozent Russen, 12 Prozent Weißrussen und 3 Prozent Balten. 11 Dieser Schätzung folgt schließlich auch Pavel Polian weitgehend 2002 mit seiner Angabe von ca. 3,2 Millionen im Reich eingesetzten "Ostarbeitern".12

Wie bei den Polen, so überwog auch bei den "Ostarbeitern" der Frauenanteil; außerdem kam die Mehrheit vom Lande. Insofern ist die etwas zugespitzte Formulierung von Ulrich Herbert 1999, wonach der durchschnittliche Zwangsarbeiter eine 18-jährige Schülerin aus Kiew gewesen sei, nicht zutreffend.13 Typisch war vielmehr die 18-jährige Schülerin vom Land.14

Bei Dallin sind dies ca. 50 000 (russische Flüchtlinge aus dem Reichskommissariat Ostland), zit. nach Spoerer, Schätzung, S. 30.

Poljan, Deportation, S. 133.

Spoerer, Schätzung, S. 31.

Spoerer, Zwangsarbeit, S. 79f. (3,1 Millionen spätere Sowjetbürger). Die Quellen zu den einzelnen Nationalitäten sind sehr ungenau; eher sind die Ukrainer zahlenmäßig höher anzusetzen. Vgl. Spoerer, Schätzung, S. 32, 34: 2,9 Millionen der "insgesamt ins Deutsche Reich deportierten Zivilarbeiter aus dem späteren Gebiet der Sowjetunion".

Pavel Poljan, Sowjetische Staatsangehörige im "Dritten Reich" während des Zweiten Weltkrieges. Gruppen und Zahlen, in: Babette Quinkert (Hrsg.), "Wir sind die Heren dieses Landes. Ursachen, Verlauf und Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, Hamburg 2002, S. 136-153, hier S. 148. Vgl. Jens Binner, "Ostarbeiter" und Deutsche im Zweiten Weltkrieg. Prägungsfaktoren eines selektiven Deutschlandbildes, München 2008, S. 103.

Vgl. Ulrich Herbert, Der "Ausländereinsatz" in der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, in: Rimco Spanjer u.a. (Hrsg.), Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940-1945, Bremen 1999, S.

### 3. Bedingungen der Anwerbung und Verschleppung

Der massenhafte Arbeitseinsatz der Sowjetbürger im Reich war aus rassenideologischen und sicherheitspolizeilichen Gründen zunächst nicht vorgesehen. Erst nach dem Scheitern des Blitzkriegkonzeptes im Osten sah das NS-Regime sich aus pragmatischen, d. h. ökonomischen Gründen zu einem Umdenken gezwungen und begann gezielt Arbeitskräfte anzuwerben. Dabei gab es einen Zusammenhang zwischen Hungerkrise, Besatzungspolitik und Zwangsarbeit. Die einheimische Bevölkerung sollte ausgehungert und nach Osten vertrieben, die Sowjetunion deindustrialisiert und agrarisiert werden. Die deutschen Besatzer kalkulierten dabei den Hungertod von bis zu 30 Millionen Menschen in den besetzten Ostgebieten ein. Besonders dramatisch zeigten sich die Folgen dieser zynischen Überlegungen beim Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen.

Die Deutschen setzten in den Städten sehr geringe Lebensmittelrationen am Rande des Existenzminimums fest. Vor diesem Hintergrund meldeten sich eine unbekannte Zahl von Sowjetbürgern zunächst "freiwillig" - was aber angesichts der Notlage eine erzwungene Freiwilligkeit war. Im Frühjahr 1942 gab es zunächst einen starken Anstieg der Anwerbe- und Deportationszahlen. Aber nach den ersten Briefen in die Heimat und ersten Rücktransporten von kranken "Ostarbeitern", vermutlich Mitte 1942, sanken die Freiwilligenmeldungen schlagartig. Die Berichte über die menschenunwürdigen Zustände und die schlechte Behandlung in Deutschland widersprachen den Versprechungen der Anwerber eklatant.<sup>15</sup>

Der zuständige "Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz" Fritz Sauckel hatte bereits am 20. April 1942 angekündigt, sofern es nicht gelinge, die benötigten Arbeitskräfte auf freiwilliger Grundlage zu gewinnen, "unverzüglich zur Aushebung derselben bzw. zur Zwangsverpflichtung geschritten werden" müsse. An anderer Stelle meinte er: "Ich habe meinen Auftrag von Adolf Hitler erhalten, und ich werde die Millionen Ostarbeiter nach Deutschland holen ohne Rücksicht auf ihre Gefühle, ob sie wollen oder nicht."

Insofern verschärften sich in der Folgezeit die Rekrutierungsmethoden gravierend und führten zu Massendeportationen in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß. Aushebungsquoten für Ortschaften und Bezirke wurden festgelegt, ganze Jahrgänge zur Meldung aufgerufen. Viele Be-

<sup>13-21,</sup> hier S. 17.

Dieter Pohl in einem Vortrag "Wehrmacht und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion" im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin-Schöneweide, 1. Oktober 2009.

Spoerer, Zwangsarbeit, S. 73. Herbert, Fremdarbeiter, S. 299.

Zit. nach Binner, "Ostarbeiter" und Deutsche, S. 74f.

Zit. nach Rolf-Dieter Müller, Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft, in: Ulrich Herbert (Hg.), Europa und der "Reichseinsatz". Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945, Essen 1991, S. 234-250, hier S. 237.

troffenen verweigerten den Gestellungsbefehl, versuchten von den Sammelstellen oder während der Transporte zu fliehen. Daher gingen die Besatzungsbehörden zu Razzien und regelrechten Menschenjagden über. Die Möglichkeit, sich in Wäldern oder Sümpfen zu verstecken, gelang in Weißrussland besser als in der Ukraine - auch wegen der dortigen starken Partisanenbewegung. Deshalb und auch wegen der größeren Einwohnerzahl in der Ukraine stammte mehr als die Hälfte der "Ostarbeiter" aus der Ukraine; die Zahlenangabe von Bonwetsch, wonach ca. dreiviertel aller "Ostarbeiter" ukrainischer Herkunft seien, erscheint jedoch eher zu hoch gegriffen.<sup>18</sup>

Prügelstrafen, das Niederbrennen von Höfen und ganzen Dörfern wurden angewendet als "Vergeltung für die Nichtbefolgung der an die Gemeinde ergangenen Anorderungen zur Bereitstellung von Arbeitskräften" - wie es in den Akten der Berliner Auslandsprüfstelle im November 1942 hieß. 19 Den Höhepunkt in der letzten Phase der rücksichtlosen Rekrutierungspolitik bildeten verschiedene Aktionen in Weißrussland, infolge dessen 1943 ca. 10 000 Kinder und Jugendliche, deren Eltern getötet oder verschleppt worden waren, mit falschen Versprechungen angeworben wurden. Im Rahmen der "SS- und Flakhelferaktion" sowie der "Heu-Aktion" (=heimatlos, elternlos, unterkunftslos) sind zwischen März und Oktober 1944 weitere 28 000 Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren für die Arbeit in der Rüstungsindustrie ins Reich verschleppt worden, darunter 4 000 Mädchen. 20

#### 4. Lebensbedingungen im Reich

Grundsätzlich war die Behandlung der Zwangsarbeiter von verschiedenen Faktoren abhängig wie dem Status (KZ-Häftling, Kriegsgefangene oder zivile Zwangsarbeiter) und die Nationalität. Entscheidend war aber auch die Art der Arbeit: Die Arbeitsbedingungen der im Bergbau, in der Rüstungsindustrie oder beim Bau von Befestigungsanlagen eingesetzten "Ostarbeiter", die zudem in geschlossenen Kommandos oder großen Sammellagern untergebracht wurden, gingen bis an die Grenze zur physischen Auszehrung - und auch darüber hinaus.<sup>21</sup> Unter besseren Bedingungen lebten diejenigen "Ostarbeiter", die in kleineren Betrieben, in der Landwirtschaft (ca. ein Drittel der "Ostarbeiter") oder als Dienstmädchen (ca. 33 000 bis 50 000 Ostarbeiterinnen<sup>22</sup>) arbeiten mussten. Das änderte nichts an der faktischen Rechtlosigkeit und

Bonwetsch, sowjetische Zwangsarbeiter, S. 535f.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Zit. nach Binner, "Ostarbeiter" und Deutsche, S. 88.

Spoerer, Zwangsarbeit, S. 79.

Bonwetsch, sowjetische Zwangsarbeiter, S. 536.

Ulrike Winkler: "Hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen", Zwangsarbeit in deutschen Haushalten, in: dies. (Hrsg.), Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, Köln 2000, S. 148-168, hier S. 162. Spoerer, Zwangsarbeit, S. 120: Bis August 1944 stieg die Zahl der Ostarbeiterinnen in deutschen Privat-

an der Tatsache, dass die "Ostarbeiter" den Schikanen der deutschen Bewacher und Arbeitgeber ausgeliefert waren – bis hin zu sexuellen Übergriffen.<sup>23</sup>

Im Spannungsverhältnis zwischen Ideologie und Ökonomie gab es im Laufe des Krieges eine Verschiebung zugunsten der ökonomischen Anforderungen. Angesichts der militärischen Rückschläge und der immer knapper werdenden Arbeitskräfte sollte eine Leistungssteigerung der Zwangsarbeiter durch eine bessere Behandlung und vor allem Ernährung erreicht werden. Davon sollten in erster Linie die Polen und Russen profitieren. So wurden die Bewachungsvorschriften gelockert, die Lager sollten nicht mehr mit Stacheldraht umzäunt, die Verpflegungssätze und der Lohn erhöht, die Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs sowie der Besuch von Gaststätten und öffentlichen Veranstaltungen gestattet werden; das Ostarbeiterabzeichen wurde durch Wimpel für die jeweilige ethnische Zugehörigkeit ergänzt. Im August 1944 wurden schließlich die Verpflegungssätze für "Ostarbeiter" und sowjetische Kriegsgefangene auf das Niveau der anderen Kriegsgefangenen angehoben, bis Kriegsende die Rationen immer mehr denen der Westarbeiter angeglichen.<sup>24</sup> Darüber hinaus wandelte sich das Bild der "Ostarbeiter" vom "Untermenschen" zum Mitarbeiter an der Seite Deutschlands "im Kampf gegen die jüdisch-bolschewistische Weltgefahr" - wie es Himmler in seiner Funktion als Reichsinnenminister Mitte Juni 1944 in einer Polizeiverordnung formulierte. 25 Auf einer vom Propagandaministerium organisierten Ostarbeiter-Kundgebung Ende August 1944 wurde an die Staats- und Parteidienststellen appelliert, die "Ostarbeiter" besser zu behandeln; alles andere wäre "ein ungeheuerliches Verbrechen an unseren Kriegsanstrengungen."<sup>26</sup>

Viele Berichte, vor allem die der überlebenden "Ostarbeiter", zeigen jedoch, dass die angekündigten Verbesserungen entweder nur auf dem Papier bestanden oder leere Versprechungen darstellten, aber nicht die reale Situation wider spiegelten. Außerdem waren gerade die osteuropäischen Zwangsarbeiter weiterhin in besonderem Maße dem NS-Terror ausgeliefert. Aus Tätersicht ist hier der viel zitierte ausführliche Bericht eines Beamten des Auswärtigen Amtes zu nennen, der im Sommer 1943 aus eigenem Antrieb mehrere Berliner Ostarbeiterlager besichtigte und katastrophale Zustände sowie willkürliche Gewalttaten bis zu Hinrichtungen wegen einiger gestohlener Kartoffeln schilderte.<sup>27</sup>

haushalten auf ca. 33 000.

Vgl. zu den Erfahrungen der "Ostarbeiter" an den verschiedenen Arbeitsplätzen ausführlich Binner, "Ostarbeiter" und Deutsche.

Bonwetsch, sowjetische Zwangsarbeiter, S. 537. Spoerer, Zwangsarbeit, S. 97f. Herbert, Fremdarbeiter, S. 306-313.

Zit. nach Spoerer, Zwangsarbeit, S. 98. Vgl. hierzu auch die Kriegstagebücher der Rüstungskommandos und Rüstungsinspektionen im Bundesarchiv- Militärarchiv.

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Zit. nach Herbert, Fremdarbeiter, S. 309.

Längere Passagen des Berichts zit. bei Herbert, Fremdarbeiter, S. 340 f:

Eine besondere Situation bestand für schwangere "Ostarbeiterinnen". Bis 1942 wurden schwangere Ausländerinnen generell in ihre Heimatländer zurückgeschickt. Nachdem die deutschen Behörden den Verdacht hatten, dass die "Ostarbeiterinnen" absichtlich schwanger geworden wären, um zurückkehren zu können, wurden zur Verhinderung "fremdvölkischer" Geburten die Möglichkeiten zur Abtreibung bis hin zu Zwangsabtreibungen ausgeweitet. Die trotzdem geborenen, als "schlechtrassig" bezeichneten Kinder sind in sogenannten "Ausländerkinder-Pflegestätten" dem fast sicheren Tod ausgeliefert worden. Am 20. Juni 1944 nannte ein Ministerialrat des Reichsinnenministeriums die Zahl von 75 000 "Ostarbeiterkindern". Die Mehrzahl hat den Krieg nicht überlebt.

Allein aus pragmatischen Erwägungen heraus wurde der Zwangsarbeitereinsatz nie geleitet.<sup>30</sup> Die Kontinuität des Rassismus zeigt sich – neben dem erwähnten Umgang mit schwangeren Frauen und ihren Kinder – auch am Beispiel des Terrors gegenüber den "Ostarbeitern" sowie der Behandlung schwerstkranker und arbeitsunfähiger Sowjetbürger.

Neben der Niederschlagung des Widerstandes und der Organisation des Massenmordes an den europäischen Juden sowie den Sinti und Roma gehörte die Kontrolle des Zwangsarbeitseinsatzes zu den Hauptaufgaben der Gestapo, vor allem der als "Fremdvölkische" oder "Untermenschen" betrachteten Gruppen wie Polen oder Sowjetbürger.<sup>31</sup> Für Osteuropäer und hier besonders für die "Ostarbeiter" gab es wesentlich härtere Strafen, die eine Einweisung in ein KZ oder Arbeitserziehungslager (AEL) durch die Gestapo zur Folge hatte oder auch die sofortige Hinrichtung wie im Fall der verbotenen sexuellen Beziehungen zu deutschen Frauen. Die Exekutionen wegen dieser "Delikte" nahmen im Verlauf des Krieges weiter zu. 1944 erließ das Ausländerreferat im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) zuweilen zwei bis drei Hinrichtungsbefehle täglich gegen sowjetische Arbeitskräfte wegen der verbotenen Kontakte zu deutschen Frauen.<sup>32</sup>

Am 18. September 1942 schloss Himmler, für den die ausländischen Zwangsarbeiter im Reich ein großes Arbeitskräftepotential darstellten, mit Reichsjustizminister Thierack eine Vereinbarung, die formal regelte, was bereits seit längerem Praxis war: Alle "Sicherungsverwahrten, Zigeuner, Russen und Ukrainer, Polen über drei Jahre, Tschechen oder Deutsche über acht Jahre Strafe" sollten dem Reichsführer SS "zur Vernichtung durch Arbeit" überge-

Herbert, Fremdarbeiter, S. 288.

7

Vgl. grundsätzlich: hierzu Bernhild Vögel, "Entbindungsheim für Ostarbeiterinnen". Braunschweig, Broitzemer Straße 200, Hamburg 1989. Gudrun Schwarze, Kinder, die nicht zählten. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg, Essen 1997. Herbert Fremdarbeiter, S. 288ff.

Vgl. Vögel, Entbindungsheim, S. 103.

Bonwetsch, sowjetische Zwangsarbeiter, S. 532.

Gabriele Lotfi, KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Frankfurt 2003, S. 179.

ben werden. Kurz darauf ging die Zuständigkeit für die Verfolgung von Straftaten von Polen und "Ostarbeitern" ganz auf die Gestapo über. In groß angelegten Aktionen sind daraufhin Zehntausende von polnischen und sowjetischen Arbeitern von der Gestapo fest genommen und in die KZ überstellt worden. Einmal eingewiesene "Ostarbeiter" durften wegen der in den KZ durchgeführten Rüstungsprojekte nicht mehr entlassen werden. Speer berichtete, dass seit Frühjahr 1943 monatlich 40 000 ausländische, vor allem sowjetische Arbeiter eingefangen und als KZ-Häftlinge bei SS-eigenen Rüstungsunternehmen eingesetzt wurden. Seitdem stellten die Russen und Polen die mit Abstand größten Häftlingsgruppen in den KZ: in Mauthausen waren es z. B. 44 Prozent (März 1943), in Buchenwald 57 Prozent (Juli 1943).

Aus Sicht der Industrie - die gegen die Einweisung "ihrer" Zwangsarbeiter in die KZ protestierte – waren die Arbeitserziehungslager effektiver: Die Zwangsarbeiter fehlten den Betrieben nur kurze Zeit, und der Abschreckungs- und Disziplinierungseffekt auf die Betroffenen selbst wie auf die anderen Zwangsarbeiter war hoch. In der Zeit der meist auf sechs bis acht Wochen befristeten Inhaftierung mussten die AEL-Insassen extrem hart arbeiten und kehrten in einem sehr schlechten physischen und psychischen Zustand zurück. Die Gesamtzahl aller überwiegend ausländischen AEL-Häftlinge ist aufgrund der schlechten Quellenlage nicht bekannt. Schätzungen zufolge sind es mehrere Hunderttausend gewesen.<sup>34</sup>

Polen und Russen stellten seit Mitte 1942 die Mehrheit aller AEL-Häftlinge. Die Russen sind von den Stapostellen bereits wegen geringfügiger Vergehen eingeliefert worden wie "Kameradendiebstahl", Mundraub, Betteln, Tauschhandel mit Spielzeug gegen Lebensmittel, Besitz von gefälschten abgeworfenen alliierten Lebensmittelmarken oder Sachbeschädigungen.<sup>35</sup> Eine Schätzung des Anteils der "Ostarbeiter" an den AEL-Insassen ist aufgrund der Aktenlage schwierig, aber es ist davon auszugehen, dass sie die Mehrheit stellten – wie auch bei den Todesopfern. Gabriele Lotfi beschreibt die AEL als "Todeslager für ausländische Zivilarbeiter".<sup>36</sup> Dies betraf zum einen die sehr schlechten Bedingungen und Behandlung v. a. der Osteuropäer, aber auch die Tatsache, dass die meisten der ca. 200 AEL im Verlauf des Jahres 1942 zu Hinrichtungsstätten der regionalen Staatspolizei wurden. Auch davon waren fast überwiegend die Osteuropäer und hier in besonderem Maße die "Ostarbeiter" betroffen.

33

Ulrich Herbert, Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der "Weltanschauung" im Nationalsozialismus, in: ders. (Hrsg.), Europa und der "Reichseinsatz". Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge 1939-1945, Essen 1991, S. 394-426, hier S. 409 f.

Lotfi, KZ der Gestapo, S. 326 f, S. 322 f.

<sup>&</sup>lt;sup>35</sup> Ebda., S. 182.

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> Ebda., S. 193.

## 5. Todesopfer

Die Zahl der infolge von Hunger, Krankheiten, Luftangriffen und Terror gestorbenen Männer, Frauen und Kinder aus der Sowjetunion ist aufgrund der Quellenlage nur schwer zu ermitteln. Polian schätzt die Zahl der im Reich gestorbenen Sowjetbürger bis Mitte 1944 "nach unseren indirekten Berechnungen" auf ca. 50 000.<sup>37</sup> Spoerer geht in seinem im Jahre 2000 veröffentlichten "Gutachten für die Historikerkommission der Republik Österreich" von noch einmal mindest so viel Toten bis Kriegsende und einer annähernd so hohen Zahl der in die KZ eingelieferten "Ostarbeiter" aus, von denen ca. 50 Prozent starben; das ergäbe eine Gesamtopferzahl von rund 125.000.<sup>38</sup> In seiner 2001 erschienenen Monographie "Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz" schreibt Spoerer von 170.000 gestorbenen "Ostarbeitern".<sup>39</sup> Dies zeigt, dass eine verlässliche Angabe der Opferzahlen außerordentlich schwierig ist. Insgesamt erscheint auch die höhere Zahl angesichts der hohen Gesamtzahl an "Ostarbeitern" sowie der unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen eher zu niedrig angesetzt.

Die häufigste Todesursache bei den "Ostarbeitern" infolge von Unterernährung und Überlastung war Tuberkulose. <sup>40</sup> Viele der schwerstkranken und arbeitsunfähigen "Ostarbeiter" sind in der letzten Kriegsphase in sogenannte "Ausländerkrankenhäuser" oder "Krankensammellager" eingeliefert worden, in denen die Sterblichkeit ausgesprochen hoch war. Schätzungsweise 41 000 arbeitsunfähige Zwangsarbeiter gab es Ende 1944; darunter befanden sich viele "Ostarbeiter" (die genauen Zahlen sind unbekannt). <sup>41</sup> Im Ausländerkrankenhaus Mahlow bei Berlin sind von August 1942 bis Kriegsende ca. 1 457 Todesfälle registriert worden; 86 Prozent der Toten stammten aus der Sowjetunion. <sup>42</sup> Viele Kranke wurden zudem Opfer der sogenannten "wilden" Euthanasie in Anstalten wie Hadamar oder Obrawalde-Meseritz (heute Polen). In Hadamar ist für die Zeit zwischen Ende Juli 1944 und März 1945 die Tötung von 375 russischen tuberkulose- und geisteskranken Zwangsarbeiter dokumentiert; vermutlich waren es insgesamt wesentlich mehr. <sup>43</sup>

Polian, Deportation, S. 133.

Spoerer, Schätzung, S. 34. Schreiben a. d. Verf. 15.03.2011.

Ders.: Zwangsarbeit, S. 228: "....einschließlich der in KZ eingewiesenen Ostarbeiter wird man von einer Größenordnung von rund 170.000 Todesfällen ausgehen müssen."

Spoerer, Zwangsarbeit, S. 227. Im August 1943 wurde bei 48 Prozent aller gestorbenen "Ostarbeiter" als Todesursache Tuberkulose angegeben.

Spoerer, soziale Differenzierung, S. 531.

Bernhard Bremberger/Frank Hummeltenberg/Manfred Stürzbecher, Das "Ausländerkrankenhaus der Reichshauptstadt Berlin" in Mahlow, in: Andreas Frewer/Bernhard Bremberger/Günter Siedbürger (Hrsg.), Der "Ausländereinsatz" im Gesundheitswesen (1939-1945). Historische und ethische Probleme der NS-Medizin, Stuttgart 2009, S. 219-270, hier S. 247 ff.

Vgl. Matthias Hamann, Die Morde an polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern in deutschen Anstalten, in: Götz Aly, Angelika Ebbinghaus, Matthias Hamann, Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheitspolititk Bd. 1), Berlin 1985,

### 6. Repatriierung und Nachkriegsschicksale

Vor allem in der westlichen Literatur ist immer noch zum Teil das Bild verbreitet, die Mehrheit der Heimkehrer in die Sowjetunion wäre Opfer von Hinrichtungen geworden oder in die Gulag eingeliefert worden. Das betraf aber eher Sondergruppen wie Angehörige der Vlassov-Armee, der "Hilfswilligen" oder kriegsgefangene Offiziere.<sup>44</sup> Der offiziellen Statistik zufolge sind lediglich 6,5 Prozent aller Rückkehrer in Lager gekommen. Die Heimkehrer wurden zunächst in Filtrierlagern festgehalten und durch Angehörige der Volkskommissariate für Inneres und Staatssicherheit einer bis zu acht Wochen dauernden Überprüfung unterzogen, für "Ostarbeiter" wurde die Dauer später auf fünf Tage verkürzt. Die Nachkriegsjahre waren aber durch eine allgemeine und weitreichende Diskriminierung gekennzeichnet: Zwangsarbeit in Deutschland wurde in den Ausweispapieren verzeichnet, die ehemaligen "Ostarbeiter" sind als Verräter stigmatisiert worden, ein Vorwurf, gegen den sich die Betroffenen nicht wehren konnten und der zu erheblichen Schwierigkeiten in Ausbildung und Beruf führte. Gegen viele Rückkehrer ist erst Jahre nach Kriegsende der Verratsvorwurf wieder aufgerollt wurden. So wurde 1950 eine Kolchosebäuerin wegen "Begünstigung des Feindes" mit 25 Jahren Zwangsarbeit bestraft. Das Schicksal der "Ostarbeiter" während des Zweiten Weltkrieges war in der Sowjetunion nach 1945 tabuisiert, die Überlebenden waren stigmatisiert, die Anerkennung als Opfer blieb ihnen jahrzehntelang verwehrt. Für die postsowjetische Erinnerung spielte die Gesellschaft "Memorial" eine besondere Rolle, die 1990 nach einem Zeitungsartikel über 400 000 Briefe und Fragebögen ehemaliger "Ostarbeiter" zu geschickt bekam. Diese Flut von Zusendungen verdeutlicht das Bedürfnis der damals im Durchschnitt ca. 70 Jahre alten Männer und Frauen, ihr lange verschwiegenes Leiden und Trauma öffentlich zu machen. 45

#### <u>Ausblick</u>

Die Geschichte der NS-Zwangsarbeit ist auch in Deutschland erst sehr spät mit der Debatte um die Zwangsarbeiterentschädigung einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden. Infolgedessen haben sich an vielen Orten Deutschlands Initiativen gebildet, die mit Ausstellungen, Publikationen und Zeitzeugenbefragungen viel zur Aufarbeitung der Geschichte der "Ostarbeiter" beigetragen haben. Wichtig wäre eine systematische Auswertung der zahlreichen Re-

S. 121-187. Die Sterbebücher der Anstalt Obrawalde-Meseritz (Landesarchiv Berlin) sind noch nicht ausgewertet.

Binner, "Ostarbeiter" und Deutsche, S. 19.

Bonwetsch, sowjetische Zwangsarbeiter, S. 540-544.

gional- sowie der Spezialstudien. 46 Auch eine eingehend Analyse des größten Interviewbestandes steht noch aus. Das von der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" finanzierte Oral-History-Projekt ist online abrufbar. Von ca. 590 Interviewten stammen 82 aus der Ukraine, 70 aus Russland und 42 aus Weißrussland. 47

Wichtige Quellenbestände gilt es auszuwerten bzw. zu erschließen: Dazu gehören die genannten Unterlagen bei Memorial, ca. 3,5 Millionen Personalakten von ehemaligen "Ostarbeitern" und Kriegsgefangenen im KGB-Archiv, ca. 2 000 Fragebögen von "Ostarbeitern" im Russischen Staatsarchiv GARF, Friedhofs- und Standesamtsakten deutscher Kommunen, Sterbebücher von Tötungsanstalten sowie die Krankenakten im Archiv des Internationalen Suchdienstes Arolsen. Über eine Auswertung der Eingangs- und Sterbebücher der KZ-Gedenkstätten könnten weitere wichtige Erkenntnisse über das Schicksal der in die KZ eingelieferten "Ostarbeiter" gewonnen werden.

Die umfassendsten Literaturangaben finden sich bei Spoerer, Zwangsarbeit und Binner, "Ostarbeiter" und Deutsche. Binner hat sich bislang am ausführlichsten mit dem Verhältnis zwischen Deutschen und "Ostarbeitern" im Spiegel von lebensgeschichtlichen Erzählungen befasst. Vögel und Schwarze forschten dezidiert zum Schicksal von "Ostarbeiterinnen" und ihren Kindern. Vgl. Vögel, Entbindungsheim und Schwarze, Kinder.

http://www.zwangsarbeit-archiv.de